

# Kurzmeldungen

## Abkommen zwischen Malta und Libyen

(ECRE) Bei einem Treffen zwischen dem maltesischen Premierminister Robert Abela und dem Chef der libyschen Regierung Fayez al-Sarraj wurde ein Papier unterzeichnet, das die Zusammenarbeit bei Aktivitäten zur Bekämpfung „illegaler Migration“ vorsieht. Malta hält inzwischen 450 aus dem Mittelmeer gerettete Flüchtlinge auf Tourist\*innenbooten vor der maltesischen Küste fest. *Amnesty International* protestierte gegen dieses Vorgehen in einem offenen Brief an den maltesischen Premierminister.

Viele Geflüchtete erreichen aber nicht einmal die rettenden Häfen von Malta oder Lampedusa, sondern werden zurück nach Libyen transportiert, wo sie in Lagern, die keinerlei internationaler Kontrolle unterliegen, interniert werden. IOM sprach von insgesamt 697 Personen, die innerhalb von zwei Wochen im Mai nach Libyen zurückgebracht wurden. An diesen Aktionen war auch ein deutsches Frachtschiff beteiligt, das zuvor 98

Schiffbrüchige aufgenommen hatte, diese aber auf Anweisung der maltesischen Behörden nach Libyen brachte. Dort wird das Vorgehen der Schlepper immer gewalttätiger. IOM meldete am 28. Mai eine Schießerei in einer Stadt südwestlich von Tripolis bei der 30 Flüchtlinge getötet und mindesten elf schwer verletzt wurden.

## Steigende Zahl von Relocation aus Griechenland

Neben Vorreiter Luxemburg (47 Kinder Mitte April), Deutschland und Portugal (500), die schon früher der Aufnahme von besonders vulnerabler Flüchtlinge aus Griechenland zugestimmt hatten, erklärten sich im Mai eine Reihe weiterer Staaten bereit, bei Relocation-Maßnahmen mitzumachen.

Frankreich sagte die Übernahme von 750 Personen, davon 350 unbegleitete Minderjährige, zu. Und auch die skandinavischen Länder Finnland und Norwegen scheinen sich ihrer humanitären Tradition zu erinnern, wobei die Zahlen überschaubar bleiben: Finn-

land nimmt 100 Flüchtlinge auf und Norwegen hat sich Anfang Juni noch nicht auf eine genaue Zahl festgelegt. Auch Irland, die Schweiz, Belgien und sogar Bulgarien, Litauen und Kroatien gehörten zu der Gruppe von EU-Staaten, die im März die Übernahme von 1.600 Kinderflüchtlingen aus Griechenland zugesagt hatte. Die Aktion ist u.a. wegen der Covid-19-Pandemie ins Stocken geraten. Aber auch die griechische Regierung hintertreibt dem Vernehmen nach die Evakuierung der Inseln solange kein neuer EU-Deal mit der Türkei in Aussicht steht.

Österreich weigert sich weiter, Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen und schickt stattdessen 181 Wohncontainer. Zu den tausenden Menschen, die Petitionen und offene Briefe an Kurz und Co. geschrieben haben, gesellten sich zu Pfingsten auch die katholischen Bischöfe, die in einem gemeinsamen zu den Feiertagen in den Kirchen verlesenen Schreiben u.a. zur Aufnahme von Flüchtlingen aus den griechischen Lagern aufrufen.



### **Bangladesch: Corona-Virus erreicht weltgrößtes Flüchtlingscamp**

(The Guardian) Die WHO bestätigte am 14. Mai 2020 erste positive Covid-19-Testungen in einem Flüchtlingslager der aus Myanmar vertriebenen Rohingya. Trotz Bemühungen von Seiten der Gesundheitsorganisation, die Patient\*innen zu isolieren, befürchten Fachleute, dass sich das Virus, aufgrund der katastrophalen, hygienischen Zustände und der fehlenden Aufklärung, rasch ausbreiten werde. Bereits Anfang April wurde die Region Cox-Bazar, in dem sich das Camp befindet, von den Behörden unter Quarantäne gestellt und die Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge somit massiv eingeschränkt sowie den Hilfsorganisationen der Zugang

zum Lager erheblich erschwert. Menschenrechtsorganisationen warnen davor, dass Flüchtlingscamps zu neuen Pandemie-Hotspots werden könnten. Trotz des Lockdowns steigt die Anzahl der Neuinfizierungen nämlich kontinuierlich.

### **Bosnien-Herzegowina: Minderjähriger stirbt beim Versuch, Flüchtlingscamp zu betreten**

(Are You Syrious) Da der junge Flüchtling die gewaltsame Behandlung der Sicherheitsleute im Camp fürchtete, stieg er über einen Zaun in das Camp ein und wurde dabei tödlich verletzt. Dies markiert eine weitere, tragische Verzweigungstat eines Menschen, der in Angst und Ungewissheit gelassen wurde. Lei-

der werden selbst solch dramatische Vorfälle von den bosnischen Behörden nicht oder nur ungenügend untersucht. Details zum genauen Unfallhergang wird es daher vermutlich nicht geben.

### **Spanien: Nutzen aus der Pandemie ziehen**

(Are You Syrious) Tausende Marokkaner\*innen sind in Obdachlosenheimen und Camps der Stadt Melilla gestrandet, nachdem Marokko wegen der Covid-19-Krise unangekündigt seine Grenzen komplett abgeriegelt hat. Unzählige Menschen sind somit in der spanischen Enklave gefangen, weil sie nicht nach Marokko zurück können und Spanien einen Transfer auf das europäische Festland verweigert.

Mitte Mai beschloss die marokkanische Regierung deshalb, seine Grenzen wieder zu öffnen, um bis zu 500 Staatsbürger\*innen zurückzuholen. NGOs befürchten allerdings, dass die spanische Regierung dieses Zeitfenster nutzen könnte um ihrerseits Flüchtlinge des Landes zu verweisen, ohne dass diese Berufung gegen ein verhängtes Urteil einlegen können.

**Serbien:**  
**Verteidigungsministerium kauft Stacheldraht für Auffanglager**  
 Berichten vom 20. Mai 2020 zufolge begründete der serbische Verteidigungsminister eine öffentliche

Ausschreibung für den Erwerb von über zwei Tonnen Stacheldraht damit, Erstauffanglager für Asylwerbende sowie Flüchtlings-Camps umzäunen zu wollen. Die Nachfragen von Journalist\*innen, warum Stacheldraht dafür notwendig sei, blieben von Seiten des Ministeriums unbeantwortet. Im Posting auf der Webseite des Ministeriums wird lediglich beschrieben, dass der Stacheldraht zur Milderung der Umstände im Lager dienen soll. Aufgrund der Praxis, die serbische Armee damit zu betrauen, sich um die Verwaltung von Auffanglager und um die Unterbringung von Asylwerber\*innen zu kümmern,

wurde die serbische Regierung international schon häufig kritisiert.

**Deutschland: Die Pandemie schadet der Integration**

Erzieher\*innen befürchten, dass Kinder von Migrant\*innen in Zeiten der Pandemie den Anschluss an Klassenkamerad\*innen verlieren. Für das derzeit verordnete Homeschooling stehen diesen Kindern nämlich weder die technischen Hilfsmittel, noch genügend Unterstützung zur Verfügung. Ihre Eltern können ihnen meist nicht helfen und NGOs wurde der Kontakt zu ihnen untersagt. Die Integration von Asylwerber\*innen ist dabei generell gefährdet, da die deutsche Regierung Sprach- und Integrationskurse sowie die entsprechenden Prüfungen dazu strich, obwohl diese verpflichtend für ein positives Asylverfahren sind. Stattdessen hat sie 40 Millionen Euro für Online-Kurse ausgegeben, an denen aber nur 83.000 Menschen teilnehmen können.

**Griechenland: Regierung verschärft Asylrecht**

Am 9. Mai erließ die Regierung unter dem konservativen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis eine neuerliche Asylrechtsverschärfung. Die Bestimmungen legen fest, dass Asylsuchende bei ihrer Ankunft in geschlossenen Lagern, ähnlich Haftanstalten, untergebracht werden müssen. Asylverfahren werden im Schnellverfahren abgewickelt. Einzelfallprüfungen werden durch Pauschalurteile ersetzt. Asylanträge können alleinig aufgrund der





Staatsbürgerschaft abgelehnt werden und bei einer Ablehnung ist es nicht mehr möglich, dem Urteil zu widersprechen. Auch wurde der Handlungsspielraum für NGOs stark eingeschränkt. Abgelehnte Asylanträge werden nur mehr per Mail übermittelt und gelten bereits nach 48 Stunden als zugestellt. Dies unabhängig davon, ob Asylsuchenden Zugang zum Internet gewährleistet wird.

### **Libyen: Mangel an Impfstoffen für Babys und Kleinkinder**

WHO und UNICEF warnen, dass die aktuelle Pandemie zu einem dramatischen Ausbruch von Masern und Kinderlähmung führen könnte. Die Beschaffung von wichtigen Impfstoffen wird derzeit nämlich durch bürokratische Bewilligungsprozesse verzögert, sodass Libyens landesweites Immunisierungspro-

gramm (EPI) schon 2019 durch fehlende Lagerbestände an Impfstoffen unterbrochen wurde. Kinder in schwer zu erreichenden Kriegs- und Flüchtlingsregionen sind am meisten gefährdet, weil sie schon oftmals bereits wichtige Impfungen verpasst haben. Durch weltweit ausgelastete Liefer- und Versorgungsketten droht Libyen jedoch ein weiteres Jahr ohne ausreichende Bestände an Impfstoffen.

### **USA: Abschiebeanordnung auch für Migrant\*innen mit COVID-19**

(borderline europe) Die USA trägt zu einer rascheren Ausbreitung der Pandemie bei, indem sie Migrant\*innen, die positiv auf COVID-19 getestet wurden, abschiebt. Betroffen sind davon hauptsächlich Länder in Lateinamerika, deren Gesundheitssysteme mit der Infektionskrankheit sowieso schon über-

fordert sind. Ländern, die eine Rücknahme von Migrant\*innen verweigern, droht Trump mit Sanktionen, weshalb viele es nicht wagen, seinen Anordnungen zu widersprechen. Auf Drängen der Regierung aus Guatemala hin, erklärte sich die US-Einwanderungsbehörde jedoch dazu bereit, Personen, die abgeschoben werden sollen, auf Fieber und andere Symptome zu testen. Wie allerdings hinreichend bekannt, zeigen viele Infizierte zunächst keine Symptome.

### **Griechenland: Frankreich übernimmt Asylsuchende und unbegleitete Minderjährige**

Bei einem Treffen vom stellvertretenden Minister für Migration und Asyl mit dem französischen Botschafter am 25. Mai wurde beschlossen, dass Frankreich 400



Asylsuchende und 350 unbegleitete Minderjährige aufnimmt. Wie vom Ministerium erklärt, sollen die ersten 50 unbegleiteten Minderjährigen Griechenland im Juli verlassen dürfen. Die Verlegung der 400 Asylwerbenden wurde zwar schon im Januar angekündigt, aber der Ausbruch der Covid-19-Pandemie hat dies bisher verhindert. Nun soll dieses Vorhaben aber so schnell wie möglich umgesetzt werden. Außerdem bekräftigte der französische Botschafter die Absicht, Frankreichs Unterstützungsgelder für Frontex zu erhöhen, um die Außengrenzen zur EU besser zu schützen.

### **Österreich: Miliz an den Grenzen zu Slowenien bereitgestellt**

Seit Montag, dem 18. Mai unterstützen 270 Miliz-Soldat\*innen die

Polizeikräfte an der slowenischen Grenze. Offiziell wurden sie dahin beordert, um Fiebermessungen und andere bürokratische Arbeiten durchzuführen.

Ausgerüstet wurden die Soldat\*in-nen aber auch mit Nachtsichtgeräten und Wärmebildkameras, um die Gebiete zwischen den offiziellen Übergängen permanent zu überwachen. Dies ist das erste Mal in der Geschichte der Zweiten Republik, dass Miliz-Soldat\*innen zur Durchführung von Grenzeinsätzen geholt wurden. Die sogenannte „Wiedereröffnung der Balkanroute“, die in Slowenien und Italien für Aufregung und Bestürzung sorgt, dürfte wohl der Auslöser für die wachsende Militarisierung an Österreichs Grenzen sein.

### **Spanien: Hotels weigern sich, migrantische Landarbeiter\*innen unterzubringen**

(Are You Syrious) Seit einigen Wochen müssen Erntehelfer\*innen in Lleida (Katalonien), bedingt durch Covid-19, als Obdachlose leben. Die Antirassismus-Aktivistin Nogay Ndiaye und der senegalesische Fußballprofi Keita Balde haben gemeinsam versucht, dem ein Ende zu setzen, aber der institutionelle Rassismus in weiten Teilen Kataloniens sitzt zu tief. So wurde das Angebot von Keita Balde abgelehnt, die Hotelkosten für 200 Saisonarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund zu tragen. Deren Arbeitsverträge besagen zwar, dass ihnen Wohnraum zur Verfügung gestellt werden muss, aber diese Übereinkünfte werden kategorisch ignoriert und die Ausbeu-

kurzmeldungen

tung der Menschen so weiter vorangetrieben.

### **Kroatien: Abschiebungen von Kindern und unbegleiteten Minderjährigen**

(Are You Syrious) Ende Mai 2020 veröffentlichten Border Violence Monitoring Network, das Centre for Peace Studies, die Society for Psychological Assistance und die Welcome Initiative einen Bericht, der die Abschiebung von Kindern und unbegleiteten Minderjährigen in Kroatien thematisiert. Laut des Berichts sind die häufigsten Übergriffe, denen ausreisepflichtige Kinder ausgesetzt sind, Diebstahl und Körperverletzung. So wurden bisher rund 16 % der Kinder von den Behörden ihrer Habseligkeiten beraubt und etwa 19 % der Kinder waren mit Gewalt von Seiten der kroatischen Exekutive konfrontiert. Diese umfasste dabei Tritte, Schläge, Entkleidungszwang, psychische Gewalt, Zerstörung von Eigentum und dergleichen.

### **Libyen: Gerettet und ins Folterlager gebracht**

(Infomigrants) Am 25. Mai stoppte ein portugiesisches Handelsschiff 98 Migrant\*innen, die das Mittelmeer von Libyen nach Europa überqueren wollten. Nach Angaben des portugiesischen Außenministers hat Malta dieses Schiff explizit angefordert, um die Migrant\*innen aufzugreifen, sie der libyschen Marine zu übergeben und zurück nach Libyen zu bringen. Während die IOM bekräftigte, dass man die Zurückge-

brachten bei ihrer Ankunft in Libyen unterstützt, wiederholte eine Sprecherin der UN einmal mehr, dass Libyen kein sicherer Hafen ist. Migrant\*innen werden dort in Haftanstalten untergebracht, die von Alarm Phone als Folterlager bezeichnet werden.

### **Deutschland: Covid-19 stoppt die Familienzusammenführungen**

(ECRE) Im Koalitionsvertrag vom Sommer 2018 wurde die Pflicht Deutschlands verankert, bei der Aufnahme von subsidiär Schutzberechtigten eine Quote zu erfüllen. Eine aktuelle Statistik des Innenministeriums zeigt allerdings, dass die Zahl der Familienzusammenfüh-

sein. Verzögerungen oder Aussetzungen von Asylverfahren werden derzeit in der gesamten EU gemeldet.

### **Slowenien: Zunahme von Hatespeech**

(Are You Syrious) Der rechtsgerichtete Ministerpräsident des Landes, Janez Janša, benutzt seinen offiziellen Twitter-Account, um Personen zu verunglimpfen, die ihn kritisieren bzw. seine Ansichten nicht teilen. Dies spiegelt sich auch in der Bevölkerung wider, in der verbale Angriffe gegenüber schutzbedürftigen Menschengruppen, wie LGBT-Gemeinschaften, Bürger\*innen anderer Balkan-



rungen für subsidiär Schutzberechtigte im Jahr 2019 unter der Quote von 1.000 pro Monat lag und inzwischen vollständig zusammenbrach. Pro Asyl verurteilte im Mai die quasi Aussetzung der Familienzusammenführung und betonte, dass Flüchtlingen aufgrund der Pandemie nicht das Grundrecht entzogen werden könne, mit ihren Familien vereint zu

staaten und Flüchtlingen, zunehmen. Hasstiraden, verbal oder in Form von Postings, werden in den seltensten Fällen strafrechtlich verfolgt und sind Nährboden für aggressives Verhalten und eine Verrohung der Gesellschaft. Diese Atmosphäre des Hasses könnte damit auch zu einer Bedrohung für Flüchtlinge werden.

**Mittelmeer: Außengrenzen dicht** (Neues Deutschland) Wer sich im europäischen Rechtsgebiet befindet, kann einen Antrag auf Asyl stellen. Um dies zu verhindern, greifen Staaten an den EU-Außengrenzen oft zu grausamen Maßnahmen. Vor den Küsten Italiens und Maltas werden schutzsuchende Menschen oft wochenlang auf Booten festgehalten. Diese Boote befinden sich dabei in Sichtweite zum europäischen Festland und bringen viele damit in Versuchung, einfach an Land schwimmen zu wollen. In ihrem Herkunftsland bereits vor Gewalt und Misshandlung geflohen, setzen diese Menschen ihr Leben somit erneut aufs Spiel. Einen anderen Weg beschreitet Griechenland. Alleine im März und April wurde 194 Menschen Opfer sogenannter illegaler „Push-backs“.

**Dänemark: Keine Bestrafung für human handelnde Soldaten**

(Are You Syrious) Im März kam es zu einer Frontex-Mission unter der Leitung Griechenlands, an der auch dänische Soldaten beteiligt waren. Einige von ihnen haben die Befehle der griechischen Kommandantur verweigert und zahlreiche Flüchtlinge aus Schlauchbooten gerettet. Ein militärischer Untersuchungsausschuss bestätigte nun, dass die Soldaten gemäß internationalem Recht gehandelt haben, obwohl sie die Befehle ihrer Vorgesetzten missachteten. Dies ist zwar ein Sieg für die Humanität, aber es ist fraglich, ob die verantwortlichen Kommandanten oder Frontex selbst je-

mals für Vorfälle wie diesen zur Rechenschaft gezogen werden.

**Großbritannien/ Frankreich: Wiederaufnahme von Asylverfahren?**

(Are You Syrious) Laut einem Bericht von Refugee Rights Europe setzt die britische Regierung Maßnahmen, die es Flüchtlingen nahezu unmöglich macht, um Asyl anzusuchen. So hat Großbritannien die Grenzkontrollen zu Frankreich und Belgien verschärft, nimmt aber keine Asylanträge von Menschen aus „Kontroll-Zonen“ an. Dadurch sind zahllose Flüchtlinge in französischen und belgischen Grenzregionen gefangen und müssen dort unter schrecklichen Bedingungen und täglicher Polizeigewalt überleben. Refugee Rights Europe hat die britische Regierung eindringlich gemahnt, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen und wieder Asylanträge von Menschen aus britischen Kontrollzonen anzuerkennen. Auch müssen die Asylverfahren von besonders gefährdeten Personen in Zukunft deutlich beschleunigt werden.

**Malaysia: 270 Rohingya von Behörden festgenommen**

(Welt-Sichten) Muslimische Rohingya fliehen immer wieder ins überwiegend islamische Malaysia, um ihrer Verfolgung im buddhistisch dominierten Myanmar zu entgehen. Seit Ausbruch der Pandemie werden Geflohene mit der Begründung, den strikten Covid-19-Auflagen Rechnung tragen zu müssen, wiederholt abgewiesen oder inhaf-

tiert. Menschenrechtler\*innen kritisieren dieses Vorgehen scharf. In Malaysias sozialen Netzwerken überwiegt bereits seit Ende April ein scharfer Ton gegenüber den Rohingya, der viele Merkmale einer Hetzkampagne gegen die Minderheit aufweist. Viele User\*innen fordern darin die Rückführung der Rohingya nach Myanmar, wo sie aber nach wie vor von Repressionen bedroht sind.

**Libyen: Peiniger in italienischem Aufnahmelager wiedererkannt**

(Are You Syrious) Sie wurden geschlagen, gefoltert, vergewaltigt. Sie mussten mit ansehen wie Mitgefangene vor ihren Augen starben. Sie entkamen diesem Martyrium und überlebten die Überfahrt nach Italien. In einem Aufnahmelager in Italien erkannten sie dann ihre Peiniger wieder. Im September 2019 nahm die italienische Polizei drei Männer fest. Ihnen wurde das Führen einer geheimen Haftanstalt in der Stadt Al-Zawiya vorgeworfen. Inzwischen wurden sie von einem italienischen Gericht in Messina zu 20 Jahren Haft verurteilt. Dies ist nur einer von unzähligen Beweisen dafür, dass die Unterstützung der libyschen Küstenwache und die Rückführung von Menschen nach Libyen, in Haft und Gewalt, eine kriminelle Politik ist.